

Antrag für den Gesundheitsausschuss am 11. März 2020

Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Bremerhaven – Ärzte-Monitoring und kommunalpolitische Handlungsweisen für Bremerhaven

Bremerhaven droht ein starker Ärztemangel: Drei von sechs Hautarzt-Praxen haben innerhalb kürzester Zeit geschlossen. Zwei von drei Allgemeinmedizinerinnen gehen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand.

Der Anteil junger Ärztinnen und Ärzte, die in unserer Stadt praktizieren wollen, nimmt kontinuierlich ab, während das Durchschnittsalter stetig steigt. Es wird zunehmend schwieriger, Ärztinnen und Ärzte zu finden, die bereit sind, sich niederzulassen oder eine Praxis zu führen. Beides ist notwendig, um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Die Sicherstellung des vertragsärztlichen Versorgungsauftrages liegt für Bremerhaven bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen auf Basis der gesetzlichen Krankenversicherung, d.h. es handelt sich um keine primäre Aufgabe der Stadt Bremerhaven.

Dennoch stellt sich die Frage:

Wie kann sich Bremerhaven den abzeichnenden Problemen im Rahmen der haus- und fachärztlichen Versorgung künftig kommunalpolitisch stellen? Gibt es überhaupt kommunalpolitische Möglichkeiten der Einflussnahme? Wie im Fall der Schließungen der Dermatologischen Praxen wird die Kommunalpolitik erst dann mit etwaigen Fehlentwicklungen konfrontiert, wenn es Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung gibt. Häufig ist es zu diesem Zeitpunkt schon zu spät für eine einfache, angemessene Reaktion. Die Stadt Bremerhaven wird von Ärzten oftmals, wenn die Nachfolgesuche erfolglos geblieben ist, zu spät informiert. Hier ist kommunalpolitisch der Hebel anzusetzen - wir brauchen ein Ärzte-Monitoring in Bremerhaven - eine Vorausschau, die uns Zeit gibt, rechtzeitig zu planen und zu reagieren.

Mittelfristig wird sich die haus- und fachärztliche Versorgungsstruktur weiter reduzieren, wenn nicht zeitnah Handlungsmöglichkeiten zur Behebung der Situation identifiziert werden. Wir müssen den kleinen kommunalpolitischen Handlungsspielraum gemeinsam mit der KV Bremen nutzen, jetzt die Weichen für eine auch in Zukunft ausreichende ärztliche Versorgung in unserer Stadt zu stellen. Zielsetzung ist es daher, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bremerhavener Bevölkerung auch in Zukunft gesichert werden kann.

Der Gesundheitsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in einen regelmäßigen Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bremen einzutreten und gemeinsam Handlungsmodelle zur Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in Bremerhaven zu erarbeiten.

1. Als Grundlage ist eine stadtteilbezogene Analyse der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie der allgemeinen medizinischen Versorgung vorzunehmen. Diese soll gegenwärtige Standorte wie Arztpraxen und Medizinische Versorgungszentren abbilden, zugleich auch perspektivisch aufzeigen, welche dieser Standorte in den kommenden Jahren absehbar schließen werden. Daraus ist ein stadtteilbezogener Versorgungsgrad abzuleiten.
2. Um eine zukünftig ausreichende haus- und fachärztliche Versorgung sowie die allgemeine medizinische Versorgung gewährleisten zu können, wird der Magistrat aufgefordert, die Kassenärztliche Vereinigung Bremen auch bei der Gewinnung von Haus- und Fachärzten nachdrücklich zu unterstützen.
3. Den Stadtverordneten ist jährlich, in anonymisierter Weise, ein aussagefähiger Ärzte-Monitoring-Bericht mit Ergebnissen, Handlungsweisen und Optionen der KV Bremen und Verwaltung vorzulegen. Der Bericht wird jährlich, mit der ersten Stadtverordnetenversammlung eines Kalenderjahres, vorgelegt - erstmalig 2021.

Thorsten Raschen
Ralf Holz
CDU-Fraktion

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Jens Grotelüschen
Bernd Freemann
FDP-Fraktion